

18./XII. 1916

Kohlenpreise.

Die Preiserhöhungen in der Industrie nehmen ihren Fortgang. Fast jede Woche bringt eine wichtige Heraushebung, und es wird schon als eine Ausnahme verbucht, wenn einmal ein Verband die Preise beibehält. Augenblicklich finden zwischen dem preussischen Handelsministerium und den Vertretern der Kohlenverbände in Berlin Besprechungen statt, die seitens der Kohlenindustrie auf eine Erhöhung der Kohlenpreise abzielen, und zwar wird, wie es heißt, für Oberschlesien ein Tonnen-Mehrpriß von 2 M. und von dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat ein Mehrpreis von 2 M. für Kohle und von 3 M. für Koks verlangt. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß eine Kokspreiserhöhung unbegründet erscheint, da immer wieder hervorgehoben wird, welsch große Gewinne die Zechen aus der Koksbereitung und aus der Gewinnung von Nebenprodukten ziehen.

Insbesondere sollte man sich hüten, die Preise für Hausbrandkohlen herauszusehen. Denn sowohl die Mieter wie die Hausbesitzer sind heute nicht auf Rosen gebettet. Die Hausbesitzer, deren Häuser mit Zentralheizung ausgestattet sind, leiden schon ohne Preiserhöhung unter der Notwendigkeit, nennenswerte Summen für Kohlenanschaffung ausgeben zu müssen. Eine große Anzahl von Mietern in Häusern ohne Zentralheizung muß mit jedem Groschen rechnen. Das sollte man berücksichtigen. Man wird gewiß der Kohlenindustrie keine Opfer zumuten, die die Erzeugung schädigen könnten, denn darunter würde nicht nur diese Industrie, sondern die Allgemeinheit leiden. Aber gerade die Kohlenindustrie braucht insofern nicht über all zu hohe Gestehungskosten zu klagen als die Gewinne den deutlichsten Beweis bringen, daß die Gestehungskosten immer noch verhältnismäßig niedrig sind. Es gibt Industrien, die unter viel schwereren Bedingungen arbeiten müssen. So sehr man die Stetigkeit begrüßen wird, die die Verbände verbürgen, so zeigt sich doch, daß diese Körperschaften sehr gefahrvoll für die Volkswirtschaft werden können, wenn sie nicht mit Maß in der Preisstellung vorgehen. Daher will die Forderung nach Errichtung eines Kartellamtes mit wirksamen Befugnissen nicht verstummen. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb in einer Zeit, in der sich die meisten Menschen starken Beschränkungen unterziehen müssen, die Verbände, die den größten Einfluß auf das Wohl und Wehe der Volkswirtschaft haben, in ihren Preisentschlüssen ungehindert sein sollen. Wenn einschränkende Maßnahmen verlangt werden, so bedeutet das keineswegs eine Lahmlegung der Unternehmungslust. Denn es sähc sonderbar mit der Unternehmungslust in Deutschland aus, wenn sie nur ihr Leben von übermäßigen Gewinnen erhielte. Das war im Frieden nicht der Fall und wird im Kriege erst recht nicht der Fall sein müssen. In den Kohlenverbänden hat ja der preussische Bergfiskus ein bedeutendes Wort mitzusprechen, und man darf hoffen, daß dieses Wort zugunsten der Verbraucher ausfällt.